



vlbs aktuell

Nummer 04
Jahrgang 45
April 2023

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb

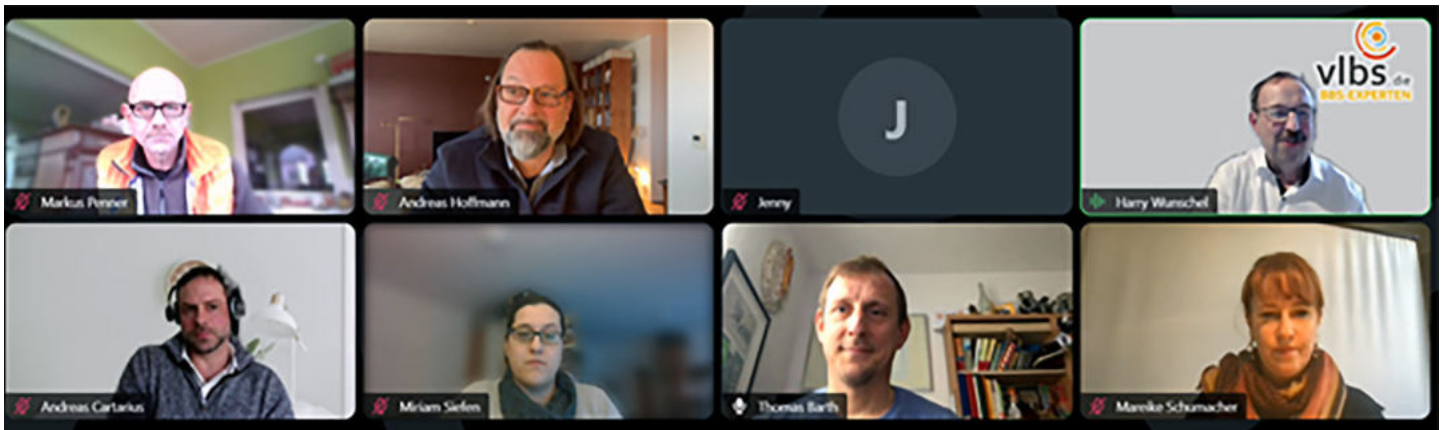
Onlineaustausch mit der CDU zur momentanen Bildungssituation

(A. Cartarius)

Am 24. Februar 2023 sprach der Vorstand des vlbs Rheinland-Pfalz mit den bildungspolitischen Vertretern der CDU-Landtagsfraktion, Frau Jenny Groß aus dem Wahlkreis Montabaur und Herrn Thomas Barth aus dem Wahlkreis Ingelheim.

berufsbildenden Schule heraus. Diese wird schon allein durch die Größe und Heterogenität der Bildungseinrichtungen deutlich, in denen aktuell mehr als 110.000 Schülerinnen und Schüler in 7 verschiedenen Schulformen Abschlüsse anstreben.

die Grundschullehrkraft mit ihren Aufgaben, sondern vielmehr wurden die Probleme des Fachkräftemangels und die Abwanderung von Lehrkräften als Kern einer rheinlandpfälzischen Bildungsmisere herausgearbeitet. Leider ist gerade in der beruflichen



Der vlbs Landesvorstand in der Diskussion über die momentane Bildungssituation mit Vertretern und Vertreterinnen der CDU Fraktion.

Als ausgebildete Lehrkräfte kennen die beiden Abgeordneten, Herr Barth als ehemaliger Studiendirektor eines Gymnasiums in Alzey und Frau Groß als Lehrkraft für Deutsch und Katholische Religionslehre an einem privaten Gymnasium in Dernbach, das System Schule ebenfalls aus der Praxis. Als Referentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin nahm darüber hinaus für die CDU Miriam Siefen am Gespräch teil.

Seitens des vlbs nahmen neben Harry Wunschel die beiden stellvertretenden Vorsitzenden Mareike Schumacher und Andreas Hoffmann, der Geschäftsführer Markus Penner und der Schriftleiter Andreas Cartarius am Gespräch teil.

Bereits in den einleitenden Worten stellte Harry Wunschel die Besonderheit der

Neben der klassischen Berufsschule, wo zurzeit in Rheinland-Pfalz knapp 200 Ausbildungsgänge angeboten werden, bietet das System in Voll- und Teilzeit alle Bildungsabschlüsse bis zur Hochschulreife an. Darüber hinaus ist der Verwaltungsaufwand im BBS-System verglichen mit allen anderen Bildungssystemen deutlich erhöht, da die gesamte Schülerschaft in der Regel alle zwei bis drei Jahre vollständig wechselt. Gestemmt wird dieses Konstrukt momentan von nur 64 Schulleitungen.

Zum Einstieg beschäftigte sich die Runde mit der Diskussion um die angedachte Besoldungserhöhung der Grundschullehrkräfte in Rheinland-Pfalz auf A 13 und mögliche Folgen für die berufsbildenden Schulen. Im Zentrum stand dabei weniger

Bildung die Abwanderung durch die starke Konkurrenz zur Wirtschaft und Industrie stark verbreitet. Die Einstellungsmodalitäten und die Bezahlung lassen die Anmeldezahlen im Vorbereitungsdienst gerade in den berufsbezogenen Fächern stark sinken.

In dieser Ausgabe:

Titelseite bis Seite 14 • Onlineaustausch mit der CDU
Seite 15 bis 16 • Neujahrsempfang in Ludwigshafen • Fachkongress des VRB
Seite 17 • dbb Seminar in Fulda • Sitzung im OV Donnersbergkreis
Seite 18 • BV Vorderpfalz besichtigt Smart Factory • Erfahrungsaustausch BVJ Reform
Seite 19 • IN KÜRZE
Seite 20 • Onlineveranstaltung IPEMA • Veranstaltungsvorschau

Weitere Probleme ergeben sich aus einem, verglichen mit dem Lehramtsstudium Primarstufe - langen Ausbildungsweg für das Lehramt an berufsbildenden Schulen mit anschließend geringen Aufstiegsmöglichkeiten. In konsequenter Folge müsste auch die Besoldung der Fachpraxis- und Fachlehrkräfte simultan zum Grundschullehramt nach oben angepasst werden, so Harry Wunschel im Gespräch.

In einer Argumentation der Gleichwertigkeit des Unterrichts gibt es im Zuge von Kommunikation und Digitalisierung durch die parallele Anpassung von Arbeitsprozessen in der Praxis in keiner anderen Schulform einen größeren Fortbildungsbedarf als in der berufsbildenden Schule.

Laut Aussagen der CDU sei das Ziel der momentanen Bildungsdiskussionen eine grundsätzliche Reform des Systems, in der das Grundschullehramt nur den Anfang darstelle.

Viele andere Bundesländer haben in diesem Sektor bereits Beschlüsse gefasst, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Für die CDU steht hier künftig die Attraktivitätssteigerung und damit die Veränderung der Rahmenbedingungen für alle Schularten im Mittelpunkt.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Gesprächs waren die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen „Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel“, welche von der dortigen Ständigen Wissenschaftlichen Kommission, bestehend aus 16 Bildungsforschern, erstellt wurden. Gerade die Reduzierung der Teilzeitmöglichkeiten und die erneute Einführung einer Vorgriffsstunde stoßen beim vlbs auf heftigen Widerstand.

Einig waren sich alle, dass die Lösung nicht in der Erhöhung der Belastung des bestehenden Personals liegen kann!

Nach Auffassung des vlbs erfordert die elementare Aufgabe, in ungefähr 200 Ausbildungsberufen den Übergang in die Berufswelt in Rheinland-Pfalz

flächendeckend zu gewährleisten, sowohl eine Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte als auch eine Verbesserung der Ausbildungssituation junger Lehrkräfte.

So könnten die Studiermöglichkeiten für das BBS-Lehramt mit zwei (affinen) beruflichen Fächern weiter ausgebaut werden. Eine Fächerkombination wie Pflege und Gesundheit würde gerade in Mangelbereichen einen zielgerichteten Einsatz im Unterrichtsalltag ermöglichen.

Weiterhin wären zusätzliche Studiermöglichkeiten in Rheinland-Pfalz, beispielsweise für Sozialpädagogik eine gute Möglichkeit, dem Lehrkräftemangel in diesem Fach zu begegnen. Eine Ausweitung der Möglichkeit das BBS-Lehramt in Kombination von Hochschule und Universität (Koblenzer Modell) zu studieren, würde auch die Attraktivität des Studienganges steigern.



Laut Harry Wunschel könnten Verbesserungen der Strukturen in der Weiterqualifizierung von Lehrkräften im gehobenen Dienst die Attraktivität der Berufswahl steigern.

Die frühzeitige Auskunft über die Ausbildungs- und Unterstützungsmöglichkeiten an die Anwärter*innen könnte hier ein vielversprechender Ansatz sein.

Um Quer- und Seiteneinsteiger*innen den Weg in das BBS-Lehramt zu erleichtern, sollte eine mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattete zentrale Stelle geschaffen werden, die nicht nur alle notwendigen Informationen bereithält, sondern ggf. auch Vorabzusagen für ein Referendariat

an einzelnen berufsbildenden Schulen geben kann, so Mareike Schumacher. Gerade durch die erheblich kürzeren Handlungsprozesse in der Wirtschaft wandern junge Lehrkräfte im berufsbildenden Bereich häufig ab. Ein Wandel der Informationskultur mit Steigerung der Flexibilität könnte hier wirksam zur Verbesserung beitragen.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Digitalisierung, die durch unzureichenden Ausbau digitaler Ausstattung und eine mangelnde Anzahl von Anrechnungsstunden das digitale Lernen häufig mit erheblicher Mehrarbeit verknüpft.

Darüber hinaus fehlen Schulträgern oftmals die notwendigen Fachkräfte, um eine umfassende Administration täglich vor Ort sicherzustellen.

Im Rahmen der BVJ-Reform wurde vor allem auf die Nichteinhaltung des Versprechens zur Herabsetzung der Klassenmesszahl auf vierzehn hingewiesen. Hier zeigt sich momentan deutlich, dass politisch die besondere Schülerschaft und deren pädagogische Bedürfnisse nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Es kommt hinzu, dass oftmals die Klassenmesszahl durch die verpflichtende Aufnahme von Jugendlichen während des Schuljahres deutlich überschritten wird. Veränderungen nach dem Statistikstichtag werden aber nirgendwo erfasst.

Als Fazit lässt sich sagen, dass der durch Corona vernachlässigte Austausch mit den politischen Sprechern der einzelnen Fraktionen des Landtages eine für beide Seiten bereichernde Sache ist, welche in regelmäßigen Abständen erfolgen sollte.

Die Gespräche des Verbandes von der praxisnahen Basis mit den Entscheidungsträgern der Politik zeigen deutlich den Facettenreichtum unseres Bildungssystems.

Der vlbs möchte nochmals seinen Dank an Frau Groß, Herrn Barth und Frau Siefen für die aufgebrauchte Zeit aussprechen, um gemeinsam an praktischen Lösungen zu arbeiten.

Neujahrsempfang des Ortsverbands Ludwigshafen: Leere Kassen, viele Fragen – und dennoch gute Laune (J. Fuchs)

Nachdem aufgrund der pandemischen Lage der bereits zur Tradition gewordene Neujahrsempfang des vlbs Ludwigshafen ausfallen musste, konnte der Ortsverband dieses Jahr am 12.01.23 zur Präsenzveranstaltung laden. Zu dieser Veranstaltung konnte neben dem Landesvorsitzenden Harry Wunschel auch Stefan Weißmann, Dezernatsleiter Bereich Schulen in Ludwigshafen als Gastredner gewonnen werden.

Der Ortsvorsitzende Johannes Fuchs begrüßte die Gäste der gut besuchten Veranstaltung und stellte dem Publikum das „Maskottchen“ des Georg-Kerschensteiner-Berufsschulzentrums (GKB) vor; den Zugluftdackel.

Mit diesem würden ab Herbst: die maroden und dringend sanierungsbedürftigen Fenster des Zentrums notdürftig abgedichtet – eine von vielen Maßnahmen, die seit Jahren des Stillstands von Lehrkräften, Schüler*innen und Angestellten gleichermaßen bemängelt wird.



OV Vorsitzende Johannes Fuchs während seinen einführenden Worten beim Neujahrsempfang in Ludwigshafen.

Johannes Fuchs ging zudem auf die Problematik ein, dass Schulen im Allgemeinen und die BBSen der Stadt im Speziellen die drohende Haushaltssperre ab Februar 2023 umtreibe und sich viele Fragen ergäben, welche Rolle vor diesem Hintergrund die berufliche Bildung spiele, zumal mit der Schließung der Anna-Freud-Schule ein tiefer Schnitt ins Bildungsangebot und damit auch ins Portfolio der Stadt drohe. Der Landesvorsitzende Harry Wunschel

begrüßte anschließend die Anwesenden im neuen Jahr. In seinem Grußwort stellte Harry Wunschel kurz die erreichte Verlängerung der Altersteilzeit bis 2026 vor.

Des Weiteren, so Wunschel, sei 2022 jedoch geprägt von Krisen und Herausforderungen – dies sei einerseits an den Diskussionen um Raumtemperaturen in Klassenzimmern, aber auch andererseits an den Kämpfen, um den Erhalt von Standorten und Schulformen deutlich zu erkennen; hierbei verwies er auf die erfolgreiche Integration von ukrainischen Schüler*innen, auch über das BVJ.



Der Landesvorsitzende Harry Wunschel während seiner Rede auf dem Neujahrsempfang.

Problematisch, so Wunschel weiter, sei die mangelhafte Unterstützung des Bildungsministerium bei der Reform des BVJ. Weder die versprochene Absenkung der Klassenmesszahl sei umgesetzt, noch eine sinnvolle Lösung für die Verteilung der 200 Unterrichtsstunden für die Lernberatung gefunden worden.

Im Bezug auf den Standort Ludwigshafen verwies Harry Wunschel anschließend auf die Problematik der Schließung der Anna-Freud-Schule mit dem Schwerpunkt Pflege und Soziales, die künftig nach Böhl-Iggelheim verlegt werden soll; dabei seien weder klare Perspektiven für betroffene Kolleg*innen einerseits noch zukünftige Entwicklungen für Schüler*innen/Azubis andererseits geschaffen worden.

Zum Abschluss ging Harry Wunschel noch einmal auf die spezifischen Probleme

des GKB ein; desaströse Haushaltslage und fehlende politische Linie haben dringend notwendige Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen verhindert – eine Aussicht auf den energetischen Umbau der Schule existiere nicht.

Dennoch, so der Landesvorsitzende, sei man als Landesverband darauf bedacht, bei allen Bremsklötzen den Motor der Berufsbildung am Laufen zu halten und weiterzuentwickeln – und als Interessenvertreter der Lehrkräfte im Lande die Schulträger und das Land zu unterstützen.

Stefan Weißmann nahm den Ball auf und ging auf die Punkte ein, die vom Landesvorsitzenden Wunschel und dem Ortsverbandsvorsitzenden Fuchs angespielt wurden: drohende



Stefan Weißmann während seiner Gastrede als Dezernatsleiter des Bereichs Schulen.

Haushaltssperre, Kürzungen der Budgets und künftige Investitionen in den Standort Ludwigshafen.

Herr Weißmann, der das Amt erst seit März 2022 innehat, freute sich, dass er als Bereichsleiter bislang viel Wertschätzung und Anerkennung erfahren habe – auch auf dem Neujahrsempfang des vlbs.

Er erläuterte, dass bei ihm zwar viele Fäden zusammenliefen, er aber Probleme in vielen Fällen nicht allein, sondern nur gemeinsam mit allen Beteiligten abstellen, beheben oder gar lösen könne. Dennoch, so Weißmann, böte er gerne das Offene Ohr für Diskussionen und Anliegen, die die Schulleitungen umtrieben. Weiterhin ging Herr Weißmann auf die schwierige

Haushaltslage des Schulträgers ein, die voraussichtlich auch Auswirkungen auf die Schulbudgets haben werde. Die Konsolidierung des maroden Haushalts der Stadt sei eine Mammutaufgabe, die aus allen Bereichen Opfer verlange und nicht kurzfristig zu lösen sei.

Man sei aber guten Mutes, so Weißmann weiter, dass es auch in schwierigerem Umfeld gelingen werde, die Schulen zu unterstützen.

Der Bereichsleiter Schulen ging dann konkret auf die Fragen rund um die Anna-Freud-Schule ein – aber auch hier könne er keine belastbaren Aussagen treffen, da hier der Rhein-Pfalz-Kreis zuständig sei.

Einen konkreten Umzugszeitpunkt könne er daher nicht nennen. Nach einem Gespräch mit dem Leiter des Schulamts des Kreises, Herrn Werner, rechne er nicht damit, dass der Umzug vor Mitte der

Dekade stattfände. Was bauliche Maßnahmen an den Schulen betreffe, könnten derzeit aufgrund der Haushaltsverfügung der ADD sowie der aktuellen haushaltslosen Zeit an den Schulen in Ludwigshafen nur gefährdende Zustände behoben werden. Dennoch versuche man, konstruktiv und gemeinsam Lösungen herbeizuführen.

Für den Standort GKB, so Weißmann weiter, seien ihm die Problematiken der Parksituation und der ÖPNV-Anbindung bewusst; hinsichtlich ÖPNV sei man jedoch gut aufgestellt – die Problematik der Parkplätze sei jedoch nicht so einfach zu lösen.

Perspektivisch sei die Öffnung des Posttunnels, eine direkte Verbindung vom Hauptbahnhof zum an die Schule angrenzenden Postgelände, wohl keine Option mehr.

Zum Abschluss ging Stefan Weißmann noch auf den gehaltvollen Austausch ein, der trotz angespannter Finanzlage wichtig sei. Gespräche wie im Rahmen des Neujahrsempfangs seien konstruktiv und sehr positiv für eine gemeinsame Entwicklung.

Im Anschluss an die Reden wurde bei einem Glas Sekt und einem Stück Krustenbraten so manch spannendes und angenehmes Gespräch der Anwesenden mit den Rednern, Schulleitern und Kolleg*innen geführt – der allgemeine Konsens zeigte, dass alle Beteiligten froh über diesen Austausch waren.

Bei aller Kritik und offenen Fragen zeigte dieser konstruktive Austausch die Wertigkeit der Verbände und bot die Möglichkeit des Meinungsaustauschs zwischen Kolleg*innen, Vorgesetzten und Schulträgern/Land in einem ungebundeneren Setting.

Fachkongress des Verbandes Reale Bildung (H. Wunschel)

Der vlbs-Landesvorsitzende Harry Wunschel war zu Gast beim 11. Fachkongress des Verbandes Reale Bildung (VRB) in der Fridjof-Nansen-Akademie in Ingelheim.

Der VRB gestaltet jährlich an diesem Tagungsort eine Fortbildung für Lehrkräfte der Realschule plus unter aktuellen Themenstellungen.

Die gut besuchte und gelungene Veranstaltung stand dieses Jahr unter dem

Thema „Demokratiebildung in der Schule“. In einer Keynote setzte sich Dr. Florian Pfeil (Geschäftsführer des Weiterbildungszentrums Ingelheim) mit der Diversität als Chance und Herausforderung für Schule und Gesellschaft auseinander und welche Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer Demokratie zu erwarten sind.

In fünf verschiedenen Arbeitskreisen wurden Themen wie Partizipation in

der Schule, Demokratie in Europa, Werteorientierung bei Zugewanderten, Umgang mit Populismus und Extremismus sowie Demokratiebildung (umgesetzt in einem Escape Room) bearbeitet.

In seiner anschließenden Rede ging der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler auf konkrete Ansatzpunkte der Demokratiebildung in der Schule ein, aber auch auf wichtige Problempunkte für Lehrkräfte in Realschulen plus.



v.l.n.r.: Michael Eich (VRB, HPR-Vorsitz Realschule plus), Robert Tophofen (phv, Stv. dbb-Landesvorsitz), Harry Wunschel, Timo Lichtenthäler (VRB-Landesvorsitz).

Dienst-, Tarif- und Versorgungsrechtseminar in Fulda (A. Hoffmann)

Mitte März lud der BvLB (Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V.) die Sprecher der Fachausschüsse Dienst-, Tarif- und Versorgungsrecht aus den 16 Bundesländern zu einem dreitägigen Seminar des dbb (Deutscher Beamtenbund) nach Fulda ein.



Volker Geyer zu Gast im dbb-Seminar.

Das Seminar war geprägt durch die Formulierung von Forderungen für die tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen im Lehramt sowie dem Warnstreik der Tarifbeschäftigten in Bund und Kommunen.

Nach Angaben des dbb versammelten sich mehr als 600 Gewerkschaftler aus den Bereichen Verwaltung, Straßenbau, Kindertagesstätten, Krankenpflege und Polizei, um am 18.03.23 in Fulda für eine bessere Bezahlung zu demonstrieren.

Der Tarifchef des dbb Volker Geyer bekräftigte vor den Versammelten eindrücklich die Forderung nach einer ausdrücklichen Besoldungserhöhung von 10,5 % und mindestens 500 Euro.

„Der öffentliche Dienst ist es, der den Laden am Laufen hält“, sagte Geyer. Das hätten die Pandemie-Jahre gezeigt und das muss honoriert werden.

Die Teilnehmer des dbb Seminars waren ebenfalls vor Ort und demonstrierten so ihre Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Vor der Kundgebung war Volker Geyer kurz zu Gast im dbb Seminar und warf mit uns einen Blick auf die momentan laufende Einkommensrunde 2023. Er betonte wie wichtig ein gutes Ergebnis in der kommenden dritten

Verhandlungsrunde für die Beschäftigten in Bund und Kommunen ist. Dies spielt eine ausschlaggebende Rolle bei den Tarifverhandlungen der Länder, die im Herbst dieses Jahres in Potsdam beginnt.

Er bedankte sich für das Engagement der verbeamteten Lehrkräfte, betonte aber wiederholt die wichtige Bedeutung von Aktionen der Solidaritätsbekundung mit den beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, da das erfolgreich erstrittene Tarifergebnis der Länderrunde 1:1 auf die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen übertragen wird.



Aktive Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst bei der Kundgebung in Fulda.

Vorstandssitzung im Ortsverband Donnersbergkreis (M. Zimmermann)

Am Freitag, den 10.02.2023 lud der Vorstand des Ortsverbands Donnersbergkreis zur Vorstandssitzung ein.

Nachdem in der Sitzung der Vorstand von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zunächst entlastet wurde, ergaben die Neuwahlen folgende Neuzusammensetzung des Vorstands:

Zum 1. Vorsitzenden wurde Markus Zimmermann, und zum 2. Vorsitzenden wurde Michael Herrgen einstimmig gewählt. In eine neue Amtsperiode geht auch Markus Brunnet, da auch er einstimmig als Kassenführer wiedergewählt wurde. Zur neuen Schriftführerin wurde einstimmig Marie-Luise Ruppenthal gewählt.

Ein weiterer elementarer Bestandteil der Sitzung neben den Neuwahlen des Vorstandes bildeten die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften im Verband. Dabei konnten insgesamt 10 Mitglieder für ihre langjährige Treue ausgezeichnet werden. Für 50 Jahre Verbandszugehörigkeit wurden Gerda Gauer, Winfried Berauer und Bernd Kiefer geehrt.



v.l.n.r.: Ralf Ruff, Gerda Gauer, Bernd Kiefer, Winfried Berauer, Markus Zimmermann, Ursula Müller, und Markus Brunnet nach der Ehrung.

Für 25 Jahre Verbandszugehörigkeit empfangen Markus Brunnet, Thomas Renk, Ralf Ruff, Yvonne Bublitz, Ursula Müller, Lutz Rothe und Markus Zimmermann entsprechende Ehrungen. Allen an der Sitzung verhinderten Mitgliedern konnten die Ehrungen inklusive der Präsente in der Folgewoche feierlich übergeben werden.

BV Vorderpfalz besichtigt Smart Factory an der BBS Germersheim / Wörth (R. Djahazi)

Im Rahmen der ersten Sitzung im neuen Jahr besuchte der BV Vorderpfalz die hochmoderne digitale Lernfabrik der BBS Germersheim / Wörth.

In dieser sogenannten „Smart Factory“ kann die digitalisierte Lagerung und Fertigung auf dem neuesten Stand der Technik vermittelt werden.

Sie ist Bestandteil des regionalen deutsch-französischen Bildungsnetzwerks Interreg.

An der Berufsschule Wörth wird sie unter anderem zur Ausbildung von Automatisierungstechniker*innen genutzt.

Sascha Schellhase nahm sich die Zeit, unserer Gruppe zu zeigen, was Industrie 4.0 eigentlich ist und wie sie mit der Smart Factory in die

Berufsausbildung integriert wird. Bei einem Rundgang um die Anlage, die aus einzelnen programmierbaren Modulen besteht, konnten wir verfolgen, wie individualisierte Smartphone-Dummies gefertigt und vollautomatisch eingelagert wurden.

Dabei erläuterte uns Herr Schellhase, welche Unterrichtsmöglichkeiten diese Anlage bietet.

Nach Führung fand eine BV-Sitzung statt, die mit einem gemeinsamen Neujahrsessen beendet wurde.



Die interessierten Mitglieder des BV Vorderpfalz während der Führung durch die Smart Factory der BBS Germersheim/Wörth.

Erfahrungsaustausch aus der Praxis zur BVJ Reform (M. Penner)

Welches Halbjahreszeugnis würden Sie der BVJ-Reform ausstellen war die zentrale Frage einer Veranstaltung, die am 23. Februar 2023 in der BBS Naturwissenschaften in Ludwigshafen stattfand und zu welcher der BV Vorderpfalz zusammen mit dem Landesverband und dem Fachausschuss Fachpraxislehrkräfte / BVJ eingeladen hatte.

In der Veranstaltung nahmen 30 interessierte Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit wahr, sich über die BVJ-Reform und deren Umsetzung auszutauschen. So ging es darum, zu überlegen, wo sie zu Verbesserungen geführt hat und wo sie auf Probleme gestoßen ist. Ein Ziel war es, herausarbeiten, in welchen Bereichen die Umsetzung im Allgemeinen nur wenig erfolgreich verlief.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herausgearbeiteten Problemfelder wird der Verband

gegenüber dem Bildungsministerium ansprechen und sich für eine Lösung einsetzen.

Nach einführenden Worten des Vorsitzenden des örtlichen Personalrates Joachim Fahrnbach und des Vorsitzenden des BV Vorderpfalz Ramin Djahazi plädierte der Landesvorsitzende Harry Wunschel in seiner Rede für eine ehrliche Evaluation der BVJ-Reform, um dann auf Grundlage von konstruktiven Vorschlägen aufzuzeigen, wie die BVJ-Reform verbessert werden kann.

Laut Bildungsministerium, so Harry Wunschel, laufe die BVJ-Reform gut. Allerdings höre man von den Schulen ganz andere Aussagen.

Die BVJ-Reform sei mittlerweile schon 10 Jahre alt. Der vlbs habe zahlreiche gute Ideen eingebracht, so z.B. die Reduzierung der Klassenmesszahl von 16 auf 12 Schülerinnen und Schüler oder zwei

Klassenleiterstunden. Auch gab es eine Arbeitsgruppe, die Ergebnisse geliefert habe. Doch sei die Einarbeitung wichtiger Ergebnisse nicht zu erkennen, so Harry Wunschel.

Im Jahr 2019 begann ein Probejahr, das dann auf zwei Jahre erweitert wurde. Allerdings gab es von der Erprobung in den Schulen bis zur Veröffentlichung der neuen Landesverordnung wenig Informationen.

Genehmigt wurden ca. 22 Stellen an Schulsozialarbeit, aber ob diese auch alle an den Schulen angekommen sind, sei fraglich. Vieles sei nicht geregelt, so z.B. was mit den Schülern geschehe, die keinen Praktikumsplatz bekommen. Auch sei immer noch fraglich, wie die Lernberatung ohne tatsächliche Zusatzstunden umgesetzt werden kann. Die fehlende Sperrfachregelung für Deutsch macht später zusätzliche Probleme für sprachschwache Auszubildende in der Berufsschule.

IN KÜRZE (A. Cartarius)

Nachdem die Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde zwischen Bund und Kommunen in Potsdam fortgesetzt wurden, konnte trotz intensiver Verhandlungen kein Kompromiss erzielt werden.

Dementsprechend wurde das deutlich zu niedrige Angebot zurückgewiesen. „Das Angebot ist in keiner Weise geeignet, die extremen Kostensteigerungen der letzten Monate abzumildern, die hervorragende Arbeit der Kolleginnen und Kollegen zu honorieren und den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen attraktiv und zukunftsfähig aufzustellen“, so Volker Geyer (Stellv. Bundesvorsitzender Fachvorstand Tarifpolitik des dbb) und nachdem für die Arbeitnehmerseite keine Einigung mehr in Sicht schien, wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt.

„Wir halten unsere berechtigten Forderungen aufrecht und werden weiter für ihre Durchsetzung kämpfen. Die Kolleginnen und Kollegen haben bereits in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, dass sie bereit sind, in großer Zahl für die Forderungen auf die Straße zu gehen“, so Volker Geyer zuversichtlich.

Im Schlichtungsverfahren werden die Verhandlungen unter Berücksichtigung der Schlichtungsvereinbarung weitergeführt.

Im Anschluss werden beide Vertragsparteien die Verhandlungen erneut aufnehmen. Sollte die Empfehlung des Schlichters von einer Partei abgelehnt werden, so erlischt automatisch die Friedenspflicht. Der Tarifchef des dbb Volker Geyer sieht die Schlichtung durchaus als Chance, „allerdings nur, wenn dort nicht Beton angerührt wird. Schlichtungen im öffentlichen Dienst hat es immer wieder gegeben, sie stellen eine Chance dar, verfahrenere Situationen aufzulösen.“

Quelle:

- Rundschreiben Nr. 6/2023: Gewerkschaften erklären die Verhandlungen für gescheitert
- dbb aktuell: Schlichtung in der TVöD Einkommensrunde TVöD 2023 / Nr. 28

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurde in drei Gruppen an Lösungen der angesprochenen Fragen gearbeitet und im Verlauf lebhafter und intensiver Diskussionen konnten die Gruppen nach ca. 45 Minuten fundierte Ergebnisse präsentieren.

Alle waren sich einig, dass die Schülerzahl der BVJ-Klassen mit 16 zu hoch sei. Auch war Unverständnis darüber geäußert worden, dass das Ministerium immer wieder darauf verweise, dass üblicherweise nicht alle Schülerinnen und Schüler anwesend seien.

Da BVJ-Schüler schulpflichtig sind, bedeute dies einen deutlicheren Mehraufwand an Arbeit im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern, die ständig anwesend wären.

Die Schulpflicht führe im Laufe des Schuljahres sogar dazu, dass weiterhin Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden müssten, so dass die Schülerzahl sogar noch weiter ansteige, und eine BVJ-Klassengröße durchaus auf 20 Schülerinnen und Schüler ansteigen könne.

Auch sei die Heterogenität der BVJ-Klassen ein großes Problem, darum sei die Schulsozialarbeit besonders wichtig, aber leider nicht ausreichend vorhanden.

Die Gruppen berichteten, dass Teamteaching eine große Hilfe sein könne. Dabei müssten nicht unbedingt beide Personen ausgebildete Lehrkräfte sein. Hier solle der Begriff Teamteaching etwas weiter gefasst werden können.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer während der Gruppenphase im Austausch der praktischen Erfahrungen zum Unterricht im BVJ.

Das Unterrichtsfach Leben und Beruf war ein weiterer Punkt, der während der Präsentation angesprochen wurde. Hier besteht das Problem, dass auf dem Zeugnis nur teilgenommen steht, unabhängig, ob die lernende Person aktiv am Unterricht teilgenommen hat oder einfach nur körperlich anwesend war.

Fehlt das Unterrichtsfach auf dem Zeugnis, so bedeutet das, die Person war im Unterricht nicht anwesend, sie hat also gefehlt.

Angesprochen wurde auch die Praktikumszeit, die nach Angaben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf vier Wochen reduziert werden solle.

In dem Zusammenhang wurde auch die Frage gestellt, was geschehe, wenn jemand keinen Praktikumsplatz bekomme, denn die Versorgung der Schülerinnen und Schüler ohne Praktikumsplatz sei ungeklärt.

Zum Abschluss der Veranstaltung dankte Harry Wunschel allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr lösungsorientiertes Arbeiten während der Gruppenarbeitsphase und in ihrem schulischen Alltag.

Er sehe, wie leidenschaftlich alle unterwegs seien und für ihre Schüler brennen, so Harry Wunschel.

Das zeige sich auch daran, dass Kolleginnen und Kollegen bis zu 180 Km Anfahrtsweg auf sich nehmen, um an einer solchen Veranstaltung teilnehmen zu können.



Harry Wunschel bei der Eröffnung des Erfahrungsaustauschs.

Onlineveranstaltung IPEMA (M. Schumacher)

Eine interessante Onlineveranstaltung zur Nutzung von IPEMA im Schulbereich hat Anfang März mit knapp 20 vlbs-lern stattgefunden. Erläutert wurden die Grundlagen, die verschiedenen Reiseapps, aber auch die Möglichkeit der digitalen Bezügemitteilung.

Der Referent der Veranstaltung Markus Cremer (Landesamt für Finanzen) ist zuständig für IPEMA - das Mitarbeiterportal des Landes Rheinland-Pfalz.

„Das IPEMA Portal ist ein Bestandteil des Systems IPEMA und bildet die Schnittstelle zwischen den Mitarbeitern



vlbs-Mitglieder im Austausch zum IPEMA Portal.

und der Personalverwaltung bzw. der Abrechnung im Landesamt für Finanzen,“ erläuterte der Referent.

Ganz unterschiedliche Funktionen stehen dem Nutzerkreis des Portals zur Verfügung. Welche, entscheiden die einzelnen Dienststellen. Das ist möglich, da die Funktionalitäten des IPEMA Portals baukastenförmig aufgebaut sind und diese daher individuell eingesetzt werden können.

Die Nutzer können zahlreiche Dokumente im Posteingang abrufen: Dienstreisegenehmigungen, Vorschussabrechnungen, Reisekosten- und Sammelabrechnungen, Bewilligungen von Trainingsgeldmaßnahmen, ... Hat man seine Einwilligung im Portal digital hinterlegt, kann man ebenfalls seine Bezügemitteilungen,

Lohnsteuerbescheinigungen und Sozialversicherungsmeldungen abrufen. Alle Dokumente verbleiben fünf Jahre im Posteingang, bevor sie gelöscht werden.

Viele Fragen hatten die Teilnehmenden der Veranstaltung zum Thema Reisekostenabrechnung.

Hierbei war dem Referenten wichtig zu erwähnen, dass Reisekosten nur ein halbes Jahr lang beantragt werden können (beginnend mit dem Tag nach Beendigung der Dienstreise). Bei vielen herrscht der Irrglaube, dass dies ein Jahr lang möglich sei.

Wer Fragen zum IPEMA Portal hat oder sich mit der Funktionsweise und den Möglichkeiten vertraut machen möchte, dem sei das ausführliche Anwendungshandbuch im Portal empfohlen.

vlbs Veranstaltungen - exklusiv für vlbs-Mitglieder

Neu im Angebot:

- **Onlineworkshop KI und ChatGPT im Unterricht**
25. April 2023, 16:30 Uhr, online

• Beschreibung:

Die Veröffentlichung von ChatGPT hat dem Thema KI gerade in der beruflichen Bildung Aufmerksamkeit verschafft. Der Workshop zeigt, wie KI bei der Unterrichtsvorbereitung wertvolle Zeit sparen kann. Bei Interesse wird auch auf eine KI-Nutzung mit Schüler*innen eingegangen und gezeigt, wie das mit Hilfe der fobizz KI-Assistenz möglich ist.



- **Führungskräftetagung für Schulleitungsmitglieder**
4. Mai 2023, 14 - 17 Uhr, BBS TGHS Bad Kreuznach

• Beschreibung:

Zusammen mit dem vlbs-Landesvorsitzenden / HPR-Vorsitzenden Harry Wunschel und Stv. vlbs-Landesvorsitzenden / BPR-Vorsitzenden Andreas Hoffmann ist ein offener Informationsaustausch geplant. Als Gastrednerin wird die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz erwartet.

Weitere Veranstaltungen:

- **Begriffswirrwarr:**
Mehrarbeit/Zuvielarbeit/Überstunden...

18. April 2023, 16:30 Uhr, online

- **Fake News - Desinformation in der digitalen Welt!**

19. April 2023, 16:30 Uhr, online

- **Aufstiegsmöglichkeiten der Lehrkräfte im gehobenen Dienst: Fachpraxislehrer*in sowie Fachlehrer*in**

16. Mai 2023, 16:30 Uhr, online

Anmeldung bitte per Mail an die Geschäftsstelle:
veranstaltung@vlbs.org

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunsehel@vlbs.org

Schriftleitung und Layout • Andreas Cartarius, Biewerer Straße 98a, 54293 Trier, Telefon 0175-8253378, Andreas.Cartarius@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell wird Klimaneutral gedruckt und erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.